



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

28.01.2010



***Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Leserinnen und Leser,***

unsere Afghanistan-Konferenz in der letzten Woche war sehr erfolgreich. Auch das Gespräch mit Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat dazu geführt, dass ein Positionspapier von der Partei und Fraktionsspitze erarbeitet wurde.

Gern würde ich das gemeinsam mit Euch beraten.

An einem dieser kommunikativen Neujahrsempfänge habe ich das bereits mit unserem UB-Vorsitzenden von Oberhavel und MdL, Thomas Günther besprochen. Ich möchte, dass Ihr alle dabei sein könnt und wir das auch für alle interessierten Bürger öffnen. Derzeit bemühe ich mich um einen kompetenten Gast, der fest im Thema steht und selber auch schon in Afghanistan war. Im nächsten BaB wird die Einladung dann konkret.



AKL mit Bärbel Eitner, SPD-Vorsitzende Schönwalde und BRAWO Redakteur Patrick Rachner beim Neujahrsempfang in Paaren/Glien

Viel Spaß beim lesen, wünscht Eure

Angelika Krüger-Leißner

1. Reform der Organisationsform des SGB II vor Ort

Es ist das erste große Projekt der Bundesarbeitsministerin von der Leyen und gleich ein Fehlstart. Die fünf Jahre gemeinsame Betreuung der Langzeitarbeitslosen durch Bund und Kommune in den ARGEn hat sich bewährt. Nun soll damit Schluss sein. Künftig

müssen zwei Bescheide erstellt werden. Im Zweifelsfall bedeutet das für die Arbeitsuchende, dass sie zwei Ansprechpartner haben. Das ist nicht praktikabel. Mit der bevorstehenden Trennung wird es keine „Leistungen aus einer Hand“ mehr geben, es wird alles zurückgedreht auf Anfang. Das bedeutet nicht

- 1. Reform der Organisationsform des SGB II**
- 2. Kurzarbeit verlängern**
- 3. Digitalisierung: Kleine Kinos können hoffen**
- 4. Termine**

nur für die Betroffenen einen erheblichen Mehraufwand, sondern auch für die

Verwaltung. Allein die Bundesagentur rechnet mit 10 Mio. € für die Neuorganisation. Unklar ist noch, wie hoch die Kosten für die Kommunen sind und wer diese trägt. Damit steht auch die gute Arbeit des ILZ Havellandes auf dem Spiel.

Alle **Brandenburger Landkreise lehnen den Vorschlag der Bundesregierung ab**. Sie **fordern** stattdessen die Möglichkeit, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen als **Optionskommune** in die eigene Hand zu nehmen. Doch auch hier sehe ich Probleme, denn **Union und FDP sind nicht bereit**, das **Grundgesetz** dahingehend **zu ändern**. Führende Rechtsexperten sowie die Bundesministerien Innen, Justiz und Finanzen haben erheblich verfassungsrechtliche Bedenken, die Ausweitung und den Fortbestand der 69 Optionskommunen ohne grundgesetzliche Änderung rechtlich abzusichern. Damit **schieben sie Optionskommunen wie Oberhavel vor das Kanonenrohr**. Die Unsicherheit für Arbeitssuchende und Mitarbeiter geht dann in die nächste Runde.

Der Landkreis **Havelland** hat bereits einen **Antrag auf die Möglichkeit der Option** gestellt. Das sieht aber der Entwurf zur Neuordnung mit keinem Satz vor.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass hier parteipolitische Überlegungen den Vorrang hatten, statt die Versorgung der Menschen, die Arbeitssuchenden und die Perspektive der rund 22.000 kommunalen Mitarbeiter in den 370 ARGEn. Jetzt gilt es, dieses teure und unsinnige **getrennte Organisationsmo-**



Bericht aus Berlin *von Angelika Krüger-Leißner, MdB*

28.01.2010



dell zu verhindern. Heute fand bereits ein Arbeitsgespräch mit Vertretern des Deutschen Landkreistag statt. Weitere Gespräche sind geplant.. Gleichfalls werde ich meine Einladung an Bundesministerin von der Leyen wiederholen, sich dies vor Ort im ILZ Havelland anzuschauen.

2. Kurzarbeit verlängern

Eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Überwindung der Krise ist die **Kurzarbeit**. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte so in Deutschland verhindert werden. Wir wollen die Fortführung und Ergänzung. Die von der jetzigen Bundesregierung vorgenommen Einschränkungen, haben bereits zu einem spürbaren Rückgang der Inanspruchnahme durch die Unternehmen zur Folge. Ab dem 1.1.2010 ist der Bezug auf 18 Monate begrenzt. Ich halte eine **Ausdehnung auf 36 Monate** weiterhin für nötig, um die Kurzarbeit weiterhin finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten. Auch die **Sozialbeiträge** sollen ab 2011 wieder von den Arbeitgebern getragen werden. Angesichts der finanziellen Belastung der Unternehmen in der Krise, **muss aus meiner Sicht die BA** die Kosten weiterhin **übernehmen**. Darüber hinaus müssen die Regelungen für einen erleichterten Zugang zur Kurzarbeit, Abbauverbot der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld und der Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen Kurzarbeit zu vereinbaren über den Dezember 2010 hinaus zu verlängern.

Diese Problematik habe ich gestern Abend mit dem Geschäftsführer von Riva, Herrn Creteur besprochen. Das Hennigsdorfer Stahlwerk braucht aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung der Stahlbranche weiterhin die Kurzarbeit bis ins Jahr 2011 hinein.

3. Digitalisierung: Kleine Kinos können hoffen

Schon des öfteren habe ich über dieses wichtige Thema an dieser Stelle berichtet. Wichtig, weil damit das Überleben vieler kleiner Kinos auch bei uns in Brandenburg verbunden ist. Zur Zeit fallen hier erste Entscheidungen. Wir müssen die unabhängigen Ki-

nos bei der **digitalen Umrüstung** unterstützen, weil sie das aus eigener Kraft nicht leisten können. Die Umrüstung ist nötig, weil es die aktuellen Filme bald nicht mehr auf der guten alten 35-mm-Rolle geben wird, sondern nur noch als digitale Datenpakete. Wenn wir die kleinen Kinos ihrem Schicksal überlassen, werden sie schon bald von den großen **Multiplex-Ketten** vom Markt verdrängt. Für die Menschen in vielen Städten und Gemeinden würde das bedeuten, dass sie künftig auf das Kinoerlebnis verzichten müssen. Deshalb habe ich den **Kulturstaatsminister** aufgefordert, Mittel für diesen Zweck in seinem Haushalt einzustellen. Die entsprechenden Pressemitteilungen dazu findet Ihr auf meiner Homepage. Ich bin erleichtert, dass wir daraufhin im Kulturausschuss beschlossen haben, dass in den weiteren Haushaltsberatungen **3 Mio. € für die Kinodigitalisierung** eingestellt werden. Mitte März werden wir wissen, ob der Kulturstaatsminister zu seinem Wort steht und sich gegenüber dem Finanzminister durchsetzen kann. Ich bleibe da dran und werde berichten.

4. Termine

Freitag, 29. Januar 2010

10.00 Uhr Gespräch mit dem Deutschen Landkreistag zur Reform der Jobcenter

19.00 Uhr Neujahrsempfang in Dallgow-Döberitz

Montag, 08. Februar 2010

15.00 Uhr Gespräch mit Kandidaten für das PPP-Programm „1 Jahr in den USA“ im Bürgerbüro Hennigsdorf

19.30 Uhr Landesgruppe Ost – Gespräch mit DB AG Vorstand

Dienstag, 09. Februar 2010

9.00 Uhr AG-Sitzung Arbeit und Soziales

11.00 Uhr Fraktionssitzung

13.00 Uhr AG-Sitzung Kultur und Medien

19.30 Uhr Hintergrundgespräch mit BMin. v.d. Leyen

Donnerstag, 11. Februar 2010

13.00 Uhr Gespräch mit dem Städte- und Gemeindebund zur Reform der Jobcenter

19.30 Uhr Eröffnung der 60. internationalen Filmfestspiele in Berlin